

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 16. APRIL 2021



FORDERUNG NACH TESTPFLICHT UND ABLEHNUNG BEI AUSGANGSSPERRE

Die Bürgerschaft hat heute in einer Sondersitzung die geltenden Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie bis zum 10. Mai verlängert. Thema in der Debatte war aber auch die Änderung des Infektionsschutzgesetzes, die dem Bund mehr Kompetenzen und bundesweit einheitliche Regeln bei der Umsetzung der Notbremse ermöglichen soll. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, forderte hier zum einen eine Testpflicht für alle Beschäftigten, die nicht im Home-Office arbeiten können. Zum anderen machte er deutlich, dass die SPD-Fraktion Ausgangssperren klar ablehnt.

Derzeit, so Güngör, vollziehe sich ein Paradigmenwechsel. Die heute im Bundestag erstmals debattierte und vermutlich bald beschlossene Neuregelung des Infektionsschutzgesetzes auf Bundesebene werde die Ministerpräsident:innenkonferenz (MPK) wohl in einigen Bereichen ablösen. „Wenngleich ich fest davon überzeugt bin, dass das Format der MPK für die Durchsetzung und vor allem die Legitimierung von sehr weitreichenden Maßnahmen in der Vergangenheit überaus wichtig war, glaube ich auch, dass die Kompetenzbündelung auf Bundesebene ein sinnvoller Schritt sein kann“, sagte Güngör. Denn er sei überzeugt, dass diejenigen Bundesländer, die ständig ausscherten, der allgemeinen Akzeptanz der Maßnahmen schadeten. Bremen habe sich bisher immer an die gemeinsamen Beschlüsse gehalten.

„Aus der Bekämpfung früherer Epidemien und Pandemien weiß man, dass zwei Bedingungen erfüllt sein müssen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger an die Maßnahmen halten: Erstens, die Maßnahmen müssen leicht verständlich und vor allem nachvollziehbar sein und zweitens, sie dürfen nicht widersprüchlich sein. Jeder Streit und jede Ausnahme führen dazu, dass sich Menschen abwenden“, so Güngör weiter. Beim zweiten Punkt habe er die Hoffnung, dass mittel- und langfristig die bundesweite Einheitlichkeit der Maßnahmen dazu führe, dass sich weniger Menschen davon abwenden.

Was die erste Bedingung angeht, äußerte Güngör aber auch deutliche Kritik an einigen der nun geplanten Maßnahmen. „Unmut, und aus meiner Sicht völlig verständlich, regt sich bei den Menschen vor allem bei der Ausgangssperre und der Ungleichbehandlung zwischen Schulen und Betrieben. Der Blick auf die evidenzbasierte Wirksamkeit zeigt: Ein so starker Eingriff in die individuelle Freiheit, die Bewegungs- und Handlungsfreiheit ist angesichts des erhofften Nutzens unverhältnismäßig. In vielen Fällen trifft die Ausgangssperre diejenigen, die gute Gründe haben, nicht



Foto: Bremische Bürgerschaft

zu Hause sein zu wollen, besonders hart. Von den juristischen Einwänden möchte ich erst gar nicht sprechen. Deswegen sprechen wir uns strikt gegen eine Ausgangssperre aus.“

Zur Testpflicht erklärte Güngör: „Ich finde es nach wie vor richtig, dass die Schulen und Kitas geöffnet haben. Dies kann natürlich nur unter den strengsten Schutzmaßnahmen passieren. Dass das gleiche für die Betriebe gelten soll, ist für uns als SPD-Fraktion selbstverständlich – und dass da die politische Härte, die die Bundeskanzlerin ansonsten so gerne demonstriert, nicht greift, ist bemerkenswert. Deswegen sind wir absolut für eine Testpflicht, für alle Beschäftigten, die nicht im Home-Office arbeiten können.“

Deutliche Kritik übte Güngör zudem daran, dass die CDU-Fraktion sich in der Abstimmung heute enthalten hat und in einem Änderungsantrag eine Debatte über Modellprojekte für Öffnungen forderte. Er habe wenig Verständnis dafür, dass eine Debatte darüber geführt werden sollte, die schon allein deshalb abstrakt sei, weil noch gar nicht feststehe, unter welchen Umständen die Änderung des Infektionsschutzgesetzes solche Modellprojekte zulasse. Zudem sei es dafür der falsche Zeitpunkt, wie Güngör betonte. „Auch ich würde gern intensiver über Öffnungsperspektiven reden. Auch ich möchte gerne alles dafür

tun, dem Einzelhandel, der Gastronomie und den Kultur- und Sporteinrichtungen unter die Arme zu greifen. Aber das geht nur, wenn die Gesamtsituation das zulässt. Das heißt konkret: Wenn die Inzidenz stabil unter 100 ist, wenn die Bettenkapazität in den Intensivstationen das zulässt und ausreichend Schnelltests für Schulen und Betriebe vorhanden sind.“

Dann, so Güngör, müssten auch weitere Sektoren in den Blick genommen werden, etwa, wie man die Situation geimpfter Menschen in Altenheimen verbessern könne, oder unterschiedliche Modelle, wie Geimpfte – und Bremen liege mit einer Impfquote von über 20 Prozent im Ländervergleich an der Spitze – wieder zurück in die Normalität finden könnten.

„Der Wille für solche Modellprojekte ist ja da, auch beim Senat, bei den Kammern und den anderen Fraktionen. Das haben wir in einer vertraulichen Runde, eingeladen von der Wirtschaftssenatorin und dem Bürgermeister, auch bereits erörtert“, sagte Güngör. Dort sei auch schon ein weiteres Verfahren verabredet worden. „Und wenn wir dann so weit sind, vielleicht schon in ein, zwei Monaten, um über Lockerungen und Freiheiten zu diskutieren“, sagte Güngör abschließend in Richtung CDU, „spätestens dann, da bin ich mir sicher, werden wir mit Ihnen gemeinsam wieder an einem Strang ziehen.“